

Zur Außenpolitik Armeniens

(Vortrag des Botschafters Armen Martirosyan im Geisteswissenschaftlichen Zentrum für Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas der Universität Leipzig am 11. Juli 2011)

Zuallererst möchte ich der Fakultät der Universität Leipzig für die Möglichkeit, vor diesem Publikum zu sprechen, danken. In meinem Vortrag möchte ich den Ratschlag des spanischen Schriftstellers **Baltasar Gracián** (1601 – 1658) befolgen. In seinem unsterblichen Werk „*Die Kunst der Weltklugheit*“ (Arte de prudencia) ruft er den Leser auf, in Gesprächen über das eigene Land den Schwächen des Landes auszuweichen. Ich versichere Ihnen, daß die Befolgung des Ratschlags nicht zu Lasten der Unvoreingenommenheit oder Objektivität meines Urteils und meiner Einschätzung gehen wird.

Es war **Napoleon**, der einmal sagte, daß die Geographie eines Landes seine Außenpolitik bestimmt. Ungeachtet der Urhebererschaft paßt die Maxime gut zu Armenien. Weil Armeniens Geschichte stark durch die Geographie beeinflusst wurde, bestimmt sie unsere Herausforderungen und Möglichkeiten der Entwicklung.

Vor 20 Jahren, als Armenien unabhängig wurde, gelangte die Außenpolitik in den Brennpunkt der armenischen Presse und Politik. Wer würde Armenien beistehen? Welche multilateralen Sicherheitsvereinbarungen würde Armenien abschließen?

Auch wenn fast alle Länder vor diesen Schwierigkeiten stehen, für Armenien sind sie existentiell. Unsere Geschichte hat uns extrem sicherheitsbewußt gemacht und keinen Spielraum für Fehler gelassen.

Es ist eine Gesamtbetrachtung des Südkaukasus erforderlich, um die Handlungen Armeniens zu verstehen.

Ungeachtet der Tatsache, daß die Region nicht immer Schlagzeilen in den Weltmedien macht, ist sie in den Gedanken der Politikmacher in den größeren Hauptstädten gegenwärtig. Wie ist das möglich?

Der Südkaukasus wurde zu einer ausgesprochen geopolitischen Tatsache in einer unbeständigen Region, die reich an Öl, Gas und anderen Bodenschätzen ist und die Aufmerksamkeit der großen Weltmächte anzieht.

Die Anforderungen, denen die Länder der Region gegenüberstehen, sind sehr vielfältig. Ich glaube, die kritischste Anforderung ist die Überwindung der Hinterlassenschaften der Vergangenheit. Die Geschichte des Kaukasus war immer die Geschichte von Weltreichen, angefangen beim antiken Rom, über Byzanz, Persien, die Tatar-Mongolen, Arabien, die osmanische Türkei, das zaristische Rußland bis hin zur Sowjetunion. Als Folge davon stand die Eigenstaatlichkeit in dieser Region in den meisten historischen Perioden im Schatten dieser Weltreiche. All diese Hinterlassenschaften haben in unterschiedlichem Grad die Muster der Staatenbildung von Armenien, Georgien und Aserbaidshan seit 1991 beeinflusst

und manchmal sogar bestimmt, als sie schließlich als souveräne Staaten auf der politischen Karte auftauchten.

Wenn auch unterschiedlich haben die neuen unabhängigen Staaten manche Einflüsse aus der allgemeinen Rußland-/Sowjetdominanz stillschweigend übernommen. Das brachte dem gesamten Kaukasus in der ersten Zeit Regelungen wie für eine erweiterte Periode dieser Zeit.

Und es ist kein Zufall, daß gerade diese Hinterlassenschaft zum Beständigsten wurde, was die Region zugleich eint und teilt.

Das ist der Grund, daß die Länder des Südkaukasus vor ganz ähnlichen Problemen stehen, von denen einige ihre Ursachen in der Geschichte der letzten Jahrhunderte haben. Hohe Anfälligkeit für ethnische Konflikte, Unterentwicklung sozialer und politischer Institutionen, niedrige Qualität der ökonomischen Entwicklung, die Notwendigkeit einer effektiveren Regierungsform und Mangel an demokratischen Traditionen – das ist eine unvollständige Auflistung von Forderungen, die alle drei Staaten des Südkaukasus betreffen.

In der heutigen extrem globalisierten und merkantilen Welt spielen geökonomische Faktoren auch eine besondere Rolle in der politischen Entwicklung der Schwarzmeer-Region, und sie haben große Auswirkung auf die politischen Interessen und Bündnisse, was die Möglichkeiten dieser Länder ausmacht.

Die unterschiedlichen und manchmal in Konflikt stehenden Interessen der Großmächte bei der Realisierung geökonomischer Projekte, vor allem auf dem Gebiet der Energie und der Kommunikation, wurden ein Charakteristikum des komplizierten politischen Mosaiks des Südkaukasus.

Unter solchen Umständen verfolgt Armenien die Idee einer vielseitigen Außenpolitik als Hauptmittel für die Lenkung des Staates in den gegenwärtigen internationalen Ereignissen. Diese Politik ermöglicht uns, harmonische Beziehungen mit allen externen Mächten einzurichten und weiterzuverfolgen., die ihr wohlmeinendes Interesse an Armenien haben.

Armeniens Sicherheitsgerüst ist ein lebendiges Beispiel, das helfen kann, die Grundlagen unserer Außenpolitik zu verstehen. Das bedeutet einerseits erweiterte Beziehungen zu Rußland und den USA für Sicherheitsabmachungen innerhalb der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) und andererseits erweiterte Beziehungen zur NATO.

Armenien sieht diese Arrangements nicht als gegensätzlich, sondern als komplementär zueinander, was die Sicherheit Armeniens und die Position in regionalen und globalen Ereignissen erhöht.

Indem wir die oben genannten multilateralen Abmachungen nutzen, können wir inzwischen zu den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft bei der Stärkung der globalen Sicherheit beitragen. Deshalb dienen heute armenische Friedenstruppen im Kosovo und bekämpfen den internationalen Terrorismus unter deutschem Kommando in Afghanistan.

Als Ergebnis unserer Außenpolitik haben wir heute sehr gute und sich erweiternde Beziehungen sowohl zu Rußland als auch zu den USA. Zweifellos kann der Zustand der bilateralen Beziehungen zwischen den USA und Rußland einen starken Einfluß auf die Effizienz unserer Politik haben. Nach meinem Verständnis steht die langfristige Partnerschaft zwischen den USA und Rußland auf der bilateralen Agenda dieser Länder, und die Aussichten scheinen ziemlich aussichtsreich zu sein. Das ist die Strategie. Es ist wichtig für diese Strategie, die Tücken aller möglichen Differenzen in der Taktik im Blick zu behalten. Das Risiko, wenn Vertrauen und globale Interessen in bilateralen Beziehungen die Oberhand verlieren, ist sehr hoch – nicht nur für die USA und Rußland, sondern auch für die globalen und regionalen Sicherheitssysteme. Zu Armenien: Wir würden uns nicht gern in einer Situation befinden, in der wir gezwungen würden, zwischen den zwei Ländern oder im weiteren Rahmen zwischen Rußland und dem Westen zu wählen.

Wie ich schon sagte, ist der Kaukasus bedauerlicherweise als unbeständige Region reich an offenstehenden historischen Mißständen und ethnischen Problemen. Im Fall von Armenien hat dieser Zustand der Verhältnisse zur Konfrontation mit dem östlichen Nachbarn Aserbaidshan, zum Fehlen diplomatischer Beziehungen mit dem westlichen Nachbarstaat Türkei und zur Blockade Armeniens geführt. Die Ursache des Konflikts ist der Streit um Karabach (armenisch: Arzach, russisch: Nagorny Karabach, Eigenbenennung der Republik: Lernajin Gharabagh). Dieser Streit brachte auch die Türkei auf den Plan. Das letztere hat wegen der ethnischen Zusammengehörigkeit der Türkei mit Aserbaidshan nicht nur zur Unterstützung der Aseris durch Wort und Tat geführt, sondern hat auch bewirkt, daß mit der Resolution über den Karabach-Konflikt diplomatische Beziehungen eingerichtet und die Blockade Armeniens aufgehoben werden sollen. Ungeachtet dessen, daß Armenien gewichtige Argumente für eine Politik mit Bedingungen hätte, haben wir wegen regionaler Interessen davon Abstand genommen. Mehr noch, es war Armenien, das 2008 Gespräche über eine Aussöhnung mit den Türken initiiert hat, die von keiner Seite Vorbedingungen voraussetzten.

Von Anfang an, als der türkische Außenminister seine Politik der *Null-Probleme mit Nachbarn* eingeführt hat, zogen einige hochrangige Diplomaten rund um die Welt die traumhafte Politik des Herrn *Davutoglu* in Zweifel, der glaubt, daß Ideen irgendetwas lösen können. Viele Experten und Praktiker der Außenpolitik glauben mit armenischen politischen Kreisen, daß die türkische Regierung beabsichtigt, ihre Beziehungen zu Armenien zu normalisieren. Die Gegner verlangen, daß die Türkei, die sehr aufmerksam auf Aserbaidshans kompromißlose Opposition zum Prozeß der türkisch-armenischen Annäherung achtet, diesen Prozeß nur für ihre eigenen engsten Interessen nutzt.

Die Ereignisse, die der Unterzeichnung von zwei Protokollen über die *Einrichtung diplomatischer Beziehungen* und über die *Entwicklung von Beziehungen zwischen Armenien und der Türkei* im Oktober 2009 folgten, bestärken die Argumente des zweiten Lagers. Am gleichen Tag, als die Dokumente unterzeichnet wurden, unternahmen die Türken – wenn auch erfolglos – den ersten Versuch, den Prozeß der Normalisierung der bilateralen Beziehungen durch die Resolution über Nagorny Karabach zu bestimmen, was den Grundprinzipien der Verhandlungen zuwiderläuft. Seitdem hat sich die Rhetorik nicht geändert, und die türkische Seite fährt fort, die Lösung des Karabach-Konflikts für die Normalisierung unserer bilateralen Beziehungen zur Bedingung zu machen. Deshalb kann man zwei Schlußfolgerungen ziehen. Erstes, entweder hat die türkische Regierung falsch kalkuliert, was den Aseris erlaubt, ihr Vetorecht in der türkischen Hauspolitik auszuüben, oder zweitens, die Regierung der Türkei war listig, als sie ihre Bereitschaft verkündete, die Beziehungen zu Armenien ohne jede Vorbedingung zu normalisieren.

Ungeachtet der Ursachen ist der Prozeß der armenisch-türkischen Aussöhnung steckengeblieben, und das Mißtrauen zwischen Armeniern und Türken hat sich vertieft. In der armenischen Gesellschaft ist die Autorität der internationalen Vermittler, die diesen mühseligen Prozeß auf Jahre aufrichtig vermitteln wollten, ins Wanken geraten. Hoffentlich hat dieses Ergebnis keine negative Auswirkung auf das ganze Vorhaben internationaler Vermittlung zur Entscheidung in Konfliktfällen. Hätte die Türkei ihre Außenpolitik als eine ernsthafte Regionalmacht im Interesse der Region geführt, würden wir eine andere geopolitische Situation im Südkaukasus haben. Bedauerlicherweise hat die Türkei ihre ethnische Zugehörigkeit zu den Aseris vor ihre Interessen als Regionalmacht gestellt, was die Grundlosigkeit ihrer Ansprüche und Forderungen für eine Vermittlung im Karabachkonflikt belegt.

Wenn ich über unsere Beziehungen mit der Türkei spreche, kann ich aber nicht die Tragödie des Genozids der Armenier erwähnen, die sich im Osmanischen Reich ereignete. Das steht auf der Agenda unserer Außenpolitik, und wir haben die internationale Mißbilligung und Erinnerung an dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit über Jahrzehnte verfolgt. Es ist sehr bemerkenswert, daß über 40 Staaten einschließlich einiger EU-Mitgliedsstaaten an den armenischen Genozid erinnert haben. Es gibt jetzt wiederholt Aufrufe an die Türkei, auch innerhalb des Landes, den politischen Willen zu demonstrieren, zu einem Ende mit der Vergangenheit zu kommen und diesen Streit zu überwinden.

Trotz aller bestehenden Uneinigkeiten und Hindernisse ist Armenien immer noch gewillt, den Prozeß der Normalisierung seiner Beziehungen zur Türkei zu Ende zu führen. Die Basis sind die Protokolle, die von den Außenministern beider Länder unterzeichnet wurden und auf die Ratifizierung durch die nationalen Parlamente der Türkei und Armeniens warten.

Lassen Sie mich jetzt über den Karabachkonflikt sprechen, der die Ursache unserer Konfrontation mit Aserbaidshan ist. Um eine langanhaltende Prosperität und Stabilität in unserer Region zu sichern, muß der Karabachkonflikt friedlich gelöst werden. Das ist sehr klar, jeder versteht das, und wir arbeiten wirklich hart, eine Übereinkunft in dieser Streitfrage zu erreichen. Es gibt jedoch ein fundamentales Problem: in angehenden Friedensgesprächen versucht Aserbaidshan ständig, den Fokus auf die Folgen des Konflikts zu richten, während seine Ursachen ignoriert werden, die zum Zustand von Karabach führten. Die ganze Angelegenheit begann, weil das Volk von Karabach – in voller Übereinstimmung mit der sowjetischen Verfassung – 1988 dazu aufrief, sein Selbstbestimmungsrecht rechtsgültig anzuerkennen. Aserbaidshan reagierte mit Unterdrückung der friedlichen Demonstrationen durch Massenspogrome gegen Armenier in Groß- und Kleinstädten von Aserbaidshan, in denen Tausende Armenier lebten.

Die militärische Phase des Konflikts brach mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion aus. Bei ihren Bemühungen, die Selbstbestimmungsbewegung von Karabach zu unterdrücken, löste Aserbaidshan eine Aggression gegen das Volk von Karabach aus, und der Konflikt eskalierte in vollem Umfang zu einem Krieg zwischen Karabach und Aserbaidshan. Es gab Tausende Tote, fast eine Million Flüchtlinge und verlorene Gebiete auf beiden Seiten. Als Folge des Krieges kamen an die Republik Nagorny Karabach angrenzende Gebiete unter Kontrolle seiner Verteidigungsarmee.

Es ist beachtenswert, daß internationale Sanktionen und Mißbilligungen nicht ausreichten, die Militärmaschinerie von Aserbaidshan zum Stehen zu bringen. Trotz der Tatsache, daß der US-Kongreß 1992 auf Aserbaidshans Agression gegen Armenien und Karabach mit der Annahme eines Gesetzes, das jede Art direkter Hilfe der USA für die Aseris verbietet, reagierte, willigte Aserbaidshan erst im April 1994 nach einer Serie erniedrigender militärischer Niederlagen ein, ein Waffenstillstandsabkommen mit den Autoritäten von Karabach und Armenien zu unterzeichnen.

So wurde die gegenwärtige Situation durch Aserbaidshans Aktionen, das Problem militärisch zu lösen, offensichtlich mit unvorhergesehenen Folgen für sich selbst geschaffen.

Erinnert man sich an die Entwicklungen im Südkaukasus seit den späten 1980er Jahren, kann man erkennen, daß die gleichen Prozesse der Vertreibung nationaler Minderheiten und Staatenzerfall in einem anderen Land des Südkaukasus, in Georgien, aus genau den gleichen Gründen stattfanden. Wegen des Fehlens von Traditionen, Institutionen und Verfahren, einen gewaltfreien Dialog zwischen den Konfliktparteien zu führen und zu unterstützen, um eine friedliche Lösung der schwierigen Streitfälle innerethnischer Spanungen zu erreichen, ist der einzig verbleibende Weg zur Beseitigung der Differenzen die Umsiedlung der nationalen Minderheiten von beiden Staaten und die nachfolgende de-facto-Teilung von Aserbaidshan und Georgien.

Was ist die Lösung? Ich möchte hier nicht den langen und heiklen Prozeß der Verhandlungen zwischen Armeniern und Aseris herausarbeiten, aber ich möchte zwei Grundlagen, die für eine friedliche Lösung des Konflikts erforderlich sind, hervorheben. Die erste ist, einen Erhalt des Waffenstillstands zu festigen und die Anwendung von Gewalt auszuschließen. Die Friedensgespräche zwischen den betroffenen Parteien, die von der Minsk-Gruppe der OSZE vermittelt und von den USA, Rußland und Frankreich mitgetragen werden, sind auf dem Weg. Es gibt jetzt den Entwurf eines Dokuments, das die politischen Prinzipien der Konfliktlösung beschreibt. Die letzte Version des Dokuments wurde von den Präsidenten von Armenien, Aserbaidshan und Rußland kürzlich in Kasan in Rußland diskutiert. Was klar ist, ist, daß es einen Prozeß gibt, der anerkennt, daß die endgültige Lösung durch eine Übereinkunft aller Seiten erreicht werden muß. Die konzeptionellen Gespräche über alle Folgen des Konflikts, für die eine Lösung gefunden werden muß, sollen auch dem Rechnung tragen, daß die wirklichen Ursachen des Konflikts angesprochen werden. Nur, wenn die Ursache geklärt wird, wird das Schicksal der Aseri-Gebiete und unserer, der Aseri-Flüchtlinge und unserer, nur dann wird es in Ordnung gebracht.

Es ist nur natürlich, daß der Status von Karabach ein schwieriger Streitfall ist, der alle Parteien spaltet. Das Beharren der Aseris, die von der Verteidigungsarmee von Karabach kontrollierten Gebiete im Tausch gegen eine sogenannte „höchste Autonomie“ an Aserbaidshan zurückzugeben, hat keinen wirklichen Sinn, weil uns das einfach zum Zustand von 1988 zurückbringt, als ob sich inzwischen nichts ereignet hätte, als ob kein Krieg geführt und gewonnen worden wäre.

Diese Situation war schon vor 23 Jahren unter Sowjetrecht unauflösbar geworden, und sie ist heute immer noch unauflösbar. Gibt es wirklich jemanden, der glaubt, daß man zu einem Zustand zurückkehren kann, in dem die Sicherheit der armenischen Minderheit gefährdet und von den Launen Alijews dynastischer Spielregeln abhängig ist? Die Regierung Aserbaidshans hat ihr Recht verloren, ein Volk zu regieren, das sie als ihre eigenen Bürger ansah, als sie vor 20 Jahren gegen diese einen Krieg entfesselt hat. Diese Dinge können nicht einfach ignoriert werden. Die Armenier wollen nicht zu solch einem Zustand zurückkehren. Die internationale Gemeinschaft hat gezeigt, daß sie es versteht und unsere Interessen teilt, für das Recht des Volkes von Karabach auf Selbstbestimmung ein bindendes Referendum als das eine und gleiche Prinzip unter anderen für die Lösung des Konflikts zur Bedingung zu machen.

Die zweite dringende Aufgabe ist es, den Prozeß der Demokratisierung in der gesamten Region unumkehrbar und siegreich zu machen. Wenn einmal Demokratie, Toleranz, Schutz der Menschenrechte und gesetzliche Regeln in den Ländern des Südkaukasus zum Tragen gekommen sind, wird langandauernder Frieden und demokratische Stabilität in der Region herrschen. Dahin gelangen wir durch die unentbehrliche Rolle, die die europäischen Länder und die Europäische Union (EU) in der Region zum Nutzen der Region spielen.

Von Anfang an hat Armenien seine Kooperation mit den europäischen Organisationen und den europäischen Ländern als wichtig angesehen. Armeniens Mitgliedschaft in der OSZE, die Teilnahme an verschiedenen EU-geförderten Initiativen wie der Ostpartnerschaft haben uns geholfen bei unserem Übergang vom zentralisierten kommunistischen System zu einer Gesellschaft, die von demokratischen Prinzipien und effektiven Märkten abhängt. Offensichtlich war der Zerfall der Sowjetunion allein nicht ausreichend, uns mit ökonomischer Effizienz, sozialer Gerechtigkeit und individuellen Freiheiten auszustatten, und was danach kam, war nicht leicht für uns. Wie auch immer, wir sind überzeugt, daß diese Annäherung - über die Zeit - bessere Aussichten nicht nur für Armenien selbst eröffnet, sondern auch für die Entwicklung der Prosperität und die Stärkung der Sicherheit für alle Völker des Südkaukasus.

Die Exklusivität der Europäischen Union ergibt sich aus der Tatsache, daß sie in der gesamten Region von allen regionalen Akteuren als meist akzeptierter externer Akteur angesehen wird. Deshalb ist es der EU möglich, größere Verantwortung bei der Schlichtung bestehender Unverträglichkeiten zu übernehmen. Mehr noch, ungeachtet von Unterschieden in der Herangehensweise ist die europäische Integration der größte einigende Faktor für alle Staaten des Südkaukasus. Das ist tatsächlich eine einmalige Gelegenheit für die Region und die Erweiterung Europas zum Vorteil für die Allgemeinheit mit dem endgültigen Ziel, die europäischen Traditionen friedliche Koexistenz und Kooperation zum gegenseitigen Vorteil weiterzugeben.

Zweifellos spielt Deutschland in dieser Hinsicht eine sehr wichtige Rolle. Zwei Kernelemente der deutschen Außenpolitik - Vielseitigkeit (Multilateralität) und die Kultur der Zurückhaltung sowie eine Balance zwischen Interessen und wertorientierter Politik - bewirken, daß Deutschland ein international angesehener Akteur sowohl in der globalen als auch in der regionalen Politik ist. Besonders die Einbeziehung Deutschlands in den Südkaukasus ist die beste Manifestation dieser Paradigmen der deutschen Außenpolitik.

Lassen Sie mich einige Worte zur armenisch-deutschen Kooperation sagen. Im Januar 2012 werden wir den 20. Jahrestag der Aufnahme unserer bilateralen Beziehungen begehen. Seitdem hat Deutschland eine unentbehrliche Rolle im Prozeß der Staatsbildung von Armenien gespielt. Nach den USA ist Deutschland das zweite offizielle Geberland. Verschiedene Programme technischer Unterstützung helfen uns, solche Felder wie Energieproduktion und Gerichtswesen, örtliche Verwaltung und Bankwesen, Gesundheitsschutz und Hygiene zu reformieren und weiterzuentwickeln. Die gesetzliche Grundlage unserer bilateralen Kooperation hat sich vertieft, sie ermöglicht geschäftlich tätigen Gesellschaften beider Länder, die bilaterale wirtschaftliche Kooperation stärker zu erweitern. Nach Rußland und China ist Deutschland der drittgrößte Handelspartner von Armenien.

Die großen politischen und nicht-politischen Stiftungen unterstützen uns durch ihre Programme, die Demokratie zu entwickeln und die Zivilgesellschaft Armeniens

und der beiden anderen Staaten des Südkaukasus zu stärken. Ich möchte Ihnen bei dieser Gelegenheit meinen aufrichtigen Dank an das deutsche Volk und seine Regierung aussprechen.

Das armenische Erbe umfaßt mehr als tausend Jahre. Am 21. September werden alle Armenier auf der Welt den 20. Jahrestag der Unabhängigkeit Armeniens begehen. Der Zusammenbruch des Kommunismus, der uns die Wiedergeburt unserer Eigenstaatlichkeit gab, war ein glorreiches Ereignis. Und es bleibt so, ungeachtet vieler Hürden auf dem Weg. Am 21. September werden alle Armenier auf der Welt den 20. Jahrestag des armenischen Staates begehen, eines Staates, der beladen ist mit unserer Geschichte, gegenwärtigen Interessen und zukünftiger Hoffnung.